

Forderungen/ Positionspapiere der Parteien zur frühkindlichen Bildung¹

SP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>SP Schweiz (2008): 11 Bildungsthesen²:</p> <p>1) Tagesschulen mit umfassendem Bildungsauftrag <i>„Die SP fordert die flächendeckende Einführung von kostenlosen Tagesschulen, die einem umfassenden Bildungsverständnis verpflichtet sind“</i></p> <p>2) Kinder lernen von Geburt an <i>„Die SP fordert die den Bedürfnissen der Kinder angepasste Förderung der frühkindlichen Entwicklung. Bildungspläne für Kindertagesstätten sollen zusammen mit den nachfolgenden Lehr- und Bildungsplänen der Eingangsstufe und der Schule ein integratives pädagogisches Konzept bilden. In der Eingangsstufe sind die Kinder sowohl in der Entwicklung ihrer Erstsprache als auch beim Lernen der Unterrichtssprache zu fördern“</i></p> <p>3) Chancengleichheit und Motivation anstatt Selektion <i>„Die SP fordert standardisierte, schultypenunabhängige Beurteilungsinstrumente, die der einzelnen Schülerin und dem einzelnen Schüler eine möglichst objektive Standortbestimmung ermöglichen. Flexible Übergänge und individuelle Förderung sollen Massnahmen wie Reputation, Stützkurse, Sonder- oder Einführungsklassen künftig ersetzen“</i></p> <p>4) Integration eröffnet Chancen und stärkt die Kinder</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vgl. Forderung 2 der Schweizerischen UNESCO-Kommission³. Auch die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF fordert explizit den Ausbau von Betreuungsangeboten sowie einen Perspektivenwechsel. - Vgl. Grundsatz 1 des Forderungspapiers der Schweizerischen UNESCO-Kommission. Die SP fordert zusätzlich ein pädagogisches Konzept (ebenso auch die Vertreter der internationale Konferenz für Bildung ICE⁴) und gezielte Sprachförderung (Ebenso auch die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM⁵, die Städteinitiative Sozialpolitik⁶ und die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK⁷) - Vgl. Forderung 4.4. der Schweizerischen UNESCO-Kommission. Die UNESCO-Kommission fordert jedoch nur eine klare Regelung der Übergänge und nicht bedingt eine Flexibilisierung. Auch das Forum für interkulturelle Bildung und Erziehung der Stadt Zürich spricht sich gegen Selektionsmechanismen im Schulsystem zugunsten der Chancengleichheit aus⁸ - Vgl. Grundsatz 1 der Schweizerischen UNESCO-Kommission. Diese

¹ Nur die für die frühkindliche Bildung relevanten Forderungen werden aufgeführt. Zitate, die direkt den Positionspapieren oder Forderungen entnommen wurden, sind in kursiver Schrift dargestellt. Für den Themenschwerpunkt frühkindliche Bildung relevante Inhalte wurden fett markiert.

² Vgl. SP Schweiz (2008): 11 Bildungsthesen. URL: http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Pospap/d/080628_Positionspapier_11Bildungsthesen.pdf.

³ Vgl. Schweizerische UNESCO-Kommission (2009): Damit Kinder früh profitieren können. Forderungen zur Gestaltung frühkindlicher Bildung in der Schweiz. URL: <http://www.fruehkindliche-bildung.ch/fileadmin/documents/aktuell/medien/2009/Forderungen.pdf>

⁴ Vgl. International Conference on Education (2008): Inclusive Education. The way of the future. Conclusions and recommendations of the 48th session of the International Conference on Education (ICE). URL: <http://www.ibe.unesco.org/en/ice/48th-session-2008/conclusions-and-recommendations.html>

⁵ Vgl. EKM (2009): Frühförderung. Empfehlungen der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM, Bern

⁶ Vgl. Städteinitiative Sozialpolitik (2008): Frühförderungsthesen (Entwurf). URL: http://www.staedteinitiative.ch/de/pdf/FF_Thesen_Fruehfoerderung.pdf

⁷ Vgl. TAK (2009): Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik. Entwurf Leitsätze zuhanden TAK- Hearings. Noch nicht veröffentlicht.

⁸ Vgl. Forum für interkulturelle Erziehung und Bildung (2003): Integrationsförderung im Vorschulalter, insbesondere durch familienergänzende Einrichtungen. Bericht und Empfehlungen.

SP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>„Die SP fordert gleiche Rechte und gleiche Bildungschancen. Zentrale Voraussetzungen für gleiche Bildungschancen sind die optimale Tragfähigkeit der Regelschule sowie ein inklusives Pädagogikverständnis [...]„</p> <p>5) Lehrkräfte brauchen genügend Ressourcen und Unterstützung</p> <p>„Die SP fordert genügend und wo nötig zusätzliche Ressourcen und Unterstützung für die Lehrkräfte und die Schulen [...] Die pädagogischen Hochschulen müssen ihre Ausbildung konsequent auf die neuen Herausforderungen des Lehrberufs ausrichten. Die Ausbildung der Lehrpersonen muss landesweit koordiniert sein“</p>	<p>führt den Begriff „Inklusion“ jedoch ohne Verweis auf die pädagogische Relevanz auf, ebenso die ICE</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vgl. Forderungen 2 und 3 der Schweizerischen UNESCO-Kommission. Die SP bezieht sich mit dieser Forderung zwar auf die Lehrkräfte der Volksschule, schreibt aber auch: <i>“Den Rahmen dazu bilden Tagesschulen mit professionellen Schulleitungen[...]”</i> und bezieht sich so auf schulexterne Angebote. Eine bessere Ausbildung der Lehrpersonen fordern auch die SVP, die FDP und die CVP
	<p>SP Schweiz (2007): Zwölf-Punkte-Programm „Chancengleichheit für alle“⁹</p> <p>1) Chancengleichheit durch flächendeckende Tagesschulen <i>„Die SP fordert deshalb: Der Bund engagiert sich für die flächendeckende Einführung von Tagesschulen“</i></p> <p>2) Chancengleichheit durch familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten <i>„Die SP fordert deshalb: Der Bund bildet einen Fonds mit Beiträgen des Bundes, der Kantone und Gemeinden sowie der Arbeitgebenden für die dauerhafte Mitfinanzierung von familienergänzenden Betreuungsangeboten“</i></p> <p>9) Chancengleichheit durch eine ausreichende Bildungsfinanzierung <i>„Die SP fordert deshalb: Der gesamte Bildungsbereich muss über eine ausreichende Finanzierung verfügen- von der Vorschule bis zur Uni. Die SP setzt sich beim Bund für eine jährliche durchschnittliche Steigerung des Rahmenkredits für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2008-2011 von mindestens 10 Prozent ein. Die Kantone und Gemeinden müssen ihre Bildungsausgaben in vergleichbarem Mass steigern“</i></p> <p>10) Chancengleichheit durch Integration von Kindern mit unterschiedlichen Bedürfnissen</p> <p>11) Chancengleichheit durch Förderung von Lesen, Schreiben und</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Chancengleichheit ist zentrales Anliegen vieler Organisationen und wird mehrmals erwähnt (Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, Städteinitiative Sozialpolitik, TAK, Netzwerk Kinderbetreuung) - Vgl. Forderung 2.2 der Schweizerischen UNESCO-Kommission. Die SP befürwortet eine staatliche Mifinanzierung. Die Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates zur Verlängerung der Anschubfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch den Bund bis zum 31. Januar 2011 wurde am 12.12.2008 angenommen. - Vgl. dazu http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4714/231179/d_n_4714_231179_231180.htm→ Die Motion der sozialdemokratischen Fraktion zur Krediterhöhung der BFI-Ausgaben auf 10 % jährlich wurde am 13.09.2006 abgelehnt

⁹ Vgl. SP Schweiz (2007): Wir leben Zukunft- Chancengleichheit für alle. Resolution. URL: http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Resolutionen/2007/070324_Wir_leben_Zukunft_DV_d.pdf

SP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Rechnen</p> <p>„Die SP fordert deshalb: Illetrismus sowie vermeidbare Schwächen in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen müssen so früh als möglich und auf allen Bildungsstufen mit gezielten Förder- und Sensibilisierungsmechanismen bekämpft werden“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die SP bezieht sich hier insbesondere auf Kinder mit heilpädagogischem Anspruch. Das Netzwerk Kinderbetreuung setzt sich eine Rücksichtnahme “auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen” als Ziel. - Obschon die Kulturtechniken grundlegende Bildungsinhalte darstellen, werden sie weder in den UNESCO-Forderungen noch bei den verschiedenen Organisationen explizit genannt.¹⁰
	<p>SP Schweiz (2009): Vier zentrale Massnahmen zur Familienpolitik¹¹:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Einführen einer Familienergänzungsleistung (EL) 2) Steuerabzüge für Kinder bei der direkten Bundessteuer sind in Steuergutschriften umzuwandeln und weiter zu erhöhen 3) Ebenso bei den kantonalen Staatssteuern 4) Vereinheitlichung der (minimalen) Familienzulagen in der Schweiz, sei es über ein Rahmengesetz zu den Familienzulagen, sei es über eine kompensatorische Ausgestaltung der Steuergutschrift bei der direkten Bundessteuer 	<ul style="list-style-type: none"> - Vgl. Forderung 1. Die SP Schweiz empfiehlt hier wesentlich konkretere Massnahmen als die UNESCO-Kommission und die weiteren Organisationen und sieht hauptsächlich eine finanzielle Entlastung der Familien durch Steuerabzüge vor.

¹⁰ Vgl dazu Tagungsunterlagen der Fachtagung für Prävention und Bekämpfung von Illetrismus (2006): Frühförderung in Schule und Familie. Frühere Einschulung- Not oder Notwendigkeit? URL: http://www.lesenlireleggere.ch/Forum_3.cfm

¹¹ Vgl. SP Schweiz (2009): Dossier Familienpolitik. URL: <http://www.sp-ps.ch/index.php?id=257&L=0>

SP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Hinzu kommen implizite Forderungen¹²:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Betreuungsgutscheine (Pilotprojekt Stadt Luzern¹³) - Subjektfinanzierung d. familienergänzenden Kinderbetreuung - Anstossfinanzierung durch den Bund (vom NR angenommen) - Steuerrabatte für Familien via Kindertarif (ursprünglich initiiert durch Pro Familia) - Qualitative und für den Mittelstand finanzierbare Betreuungsangebote - Kantonale Vereinbarung zur familienergänzenden Kinderbetreuung - Mind. 2 Jahre Kindergarten in allen Kantonen (HarmoS) - Frühbildung als Grundrecht - Vernetzung von Vorschul- und Primarstufe - Annahme des HarmoS- Konkordats - Bildungsoffensive in der Schweiz nach skandinavischem Vorbild 	<ul style="list-style-type: none"> - Auch hier bezieht sich die SP Schweiz grösstenteils auf die Finanzierung familienergänzender Betreuungsangebote und eine finanzielle Entlastung der Familien. Hinzu kommen Forderungen im Sinne des HarmoS-Konkordats, das auch von der Schweizerischen UNESCO-Kommission unterstützt wird. Eine Vernetzung der Vorschul- und Primarstufe sieht auch die EKFF (Aufheben der Trennung von EDK und SODK) und das Forum für interkulturelle Erziehung und Bildung der Stadt Zürich (Kommunikative Verbindungen) vor. Ebenso wie die Schweizerische UNESCO-Kommission sieht die SP die frühkindliche Bildung als Grundrecht.

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>FDP Schweiz (2000): Die acht Leitlinien der FDP in der Bildungspolitik¹⁴:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Lebenslanges Lernen 2. Chancengleichheit 3. Digitale Mündigkeit 4. Effizientes Bildungssystem 5. Internationale Spitzenposition 6. Harmonisierung der Bildungsziele und mehr Freiheit für die Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> - Die FDP versteht Bildung als wichtigste Ressource der Schweiz und setzt sich dementsprechend für eine liberale Förderung des Bildungssystems ein. Chancengleichheit ist somit kein soziopolitisches Anliegen, sondern soll der wirtschaftlichen Effizienz dienen.

¹² Diese werden nicht explizit in den Positionspapieren der SP Schweiz aufgeführt, zeigen sich jedoch in den politischen Vorstössen der Vertreter der Partei.

¹³ Vgl. Balthasar, Andreas/ Feller-Länzliner, Ruth/ Meier, Ruedi (2009): Betreuungsgutscheine- Pilotversuch in der Stadt Luzern. In: Schweizer Bulletin der Kinderrechte, Bd. 15, Nr. 1, 01. März 2009. URL: www.interface-politikstudien.ch/downloads/deutsch/Art_DEI_Kinderbetreuungsgutscheine-09.pdf

¹⁴ FDP Schweiz (2000): Bildung. Unser Rezept für mehr Beschäftigung. Unser Weg in die Wissensgesellschaft. Positionspapier. URL: http://www.fdp.ch/mandant/files/doc/22/19_Bildungspolitik.pdf

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	7. Bessere Vernetzung der Bildungsträger 8. Gewaltfreiheit	
	<p>FDP Schweiz (2006): Leistung muss sich lohnen- vor allem in der Bildung¹⁵:</p> <p>1. Gleiche Startbedingungen und individuelle Förderung als Credo der Chancengleichheit</p> <p>Forderung 1a: „Der Sprachunterricht (Standard- resp. Unterrichtssprache) für fremdsprachige Kinder soll bereits vor dem Eintritt in die obligatorische Schule gezielt gefördert werden, damit diese bei der Einschulung die gleichen Startchancen haben wie die einheimischen Kinder“</p> <p>Forderung 1b: „Das Augenmerk soll verstärkt auf die gezielte Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern einerseits und die Lernunterstützung für schulschwache Kinder andererseits gelegt werden (inkl. Optionaler Verkürzung/ Verlängerung der obligatorischen Schulzeit)“</p> <p>2. Frühere Einschulung</p> <p>Forderung 2: „Die obligatorische Schulpflicht soll vorverlegt werden, indem die Kinder neu bereits ab dem erfüllten 4. Altersjahr in einem Kindergarten oder in einer Eingangsstufe eingeschult werden.“</p> <p>5. Exzellenz im (Fremd)Sprachenunterricht</p> <p>Forderung 5b: „Ein frühstmöglicher (auch spielerischer) Fremdsprachenunterricht für Kinder muss in der Primarschule gezielt gefördert werden“</p> <p>Die FDP schreibt dazu: „Wenn keine pädagogischen Einwände gel-</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die FDP fokussiert ebenfalls Chancengleichheit, bezieht sich jedoch anschließend einzig auf die Förderung fremdsprachiger Kinder vor dem Eintritt in die Primarstufe, sowie eine Begabtenförderung und die Unterstützung von lernschwachen Kindern. Die FDP erkennt Frühförderung nicht als grundlegende Förderungsmassnahme für alle Kinder an - Die FDP befürwortet das HarmoS-Konkordat und hat dazu ein liberales Komitee gegründet, das die Annahme des Konkordats auf kantonaler Ebene unterstützt.¹⁶ Im Einleitungstext zur hier aufgeführten 2. Forderung „Frühere Einschulung“ wird von einem ersten „<i>schulischen Lernen</i>“ auf der Vorschulstufe gesprochen, das auch für Kinder „<i>mit Lernschwierigkeiten oder einem bildungsfernen soziokulturellen Hintergrund</i>“ wirksam sein soll. - Die FDP setzt ganz klar einen ihrer Bildungsschwerpunkte auf die Sprachförderung, wobei Dreisprachigkeit am Ende der obligatorischen Schulzeit als Ziel gilt. Auch die EKM und die Städteinitiative Sozialpolitik betonen die besondere Relevanz der Sprachförderung für Integration und Chancengleichheit.

¹⁵ FDP Schweiz (2006): Leistung muss sich lohnen- vor allem in der Bildung. Positionspapier. URL: www.fdp.ch/platform/content/element/68577/Bildung-Leistung.pdf

¹⁶ Vgl. FDP Schweiz (o.J.): Liberales Komitee. Ja zu einer besseren Schulbildung. URL: <http://www.fdp.ch/page/content/index.asp?MenuID=22185&ID=74566&Menu=2&Item=3.4.5>

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p><i>tend gemacht werden, sollte sogar ein (spielerischer) Sprachenunterricht in der Vorschulstufe (Kindergarten oder Basisstufe) ermöglicht werden“</i></p> <p>Forderung 5c: „<i>In der Deutschschweiz soll der Unterricht bereits ab Kindergarten oder Basisstufe in der Standardsprache Hochdeutsch durchgeführt werden“</i></p>	
	<p>FDP Schweiz (2002): Für eine liberale Familienpolitik, die Chancen bietet und Wachstum ermöglicht (implizite Forderungen):¹⁷</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von familienergänzenden Betreuungsangeboten durch Private oder Arbeitgeber - (beschränkte) Aufwendung von finanziellen Mitteln von Kanton und Gemeinden - Krippenplätze in Arbeits- und Wohnortsnähe - Vermehrtes Engagement der Gemeinden und Kantone im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung - Flexible Arbeitszeitgestaltung - Teilzeitstellen für Frauen und Männer in verantwortungsvollen Positionen - Mehr Engagement der Unternehmen (grosse Unternehmen: eigene Krippenplätze. Kleine Unternehmen: kollektive Zusammenschlüsse/ finanzielle Unterstützung bestehender Angebote) - Flexiblere Modelle der Sozialversicherungen - Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen - Steuerentlastung für Familien - Lösungsansätze der FDP zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: <p>4. Familienergänzende Betreuung der Kinder</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die FDP bezieht sich bei der Finanzierung der familienergänzenden Betreuung nicht auf Bund und Kantone, sondern befürwortet eine Bereitstellung der Angebote durch Private und Arbeitgeber. Auch die EDK und die SODK schlagen einen stärkeren Miteinbezug der Arbeitgeber vor - Die FDP hält in ihren Prämissen zur Familienpolitik fest: „<i>Die Organisation des Familienlebens als Teil des privaten Lebens obliegt dem Individuum und nicht dem Staat. [...] Die Erziehungsverantwortung der Eltern kann nicht delegiert werden.</i>“¹⁸ Diese Grundhaltung entspricht ansatzweise jener der SVP, die FDP befürwortet jedoch aus wirtschaftlichen Interessen eine Bereitstellung von familienexternen Betreuungsangeboten und flexible Arbeitszeit-/Teilzeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. - Die FDP unterteilt die familienergänzenden Angebote in den Vorschulbereich (vor Kindergarten) und die schulergänzende Betreuung (ab Kindergarten). Währendem sie im Vorschulbereich eine Bereitstellung der Angebote durch Private und Unternehmen vorschlägt, wird die Verantwortung für die Betreuung auf der Schulstufe den Gemeinden und Kantonen zugeschrieben: „<i>Die FDP unterscheidet die Betreuung der Kleinkinder klar von der Betreuung der</i>

¹⁷ Vgl. FDP Schweiz (2002): Für eine liberale Familienpolitik, die Chancen bietet und Wachstum ermöglicht. Positionspapier. URL: www.fdp.ch/platform/content/element/68587/Familienpolitik.pdf

¹⁸ Vgl. FDP Schweiz (2002): Für eine liberale Familienpolitik, die Chancen bietet und Wachstum ermöglicht. Positionspapier. URL: www.fdp.ch/platform/content/element/68587/Familienpolitik.pdf

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Verantwortung und Solidarität im privaten Bereich, verbesserte staatliche Rahmenbedingungen (Impuls- und Förderfunktion des Bundes), regionalen Bedingungen angepasste Modelle, grössere Verbreitung und Verbesserung der Angebote durch Unterstützung der Kantone, Übernahme des so genannten Tessiner Modells in allen Schweizer Kantonen, adäquate Ausbildung des Betreuungspersonals.</p> <p>4.1 Familienergänzenden Betreuung der Kinder im Vorschulalter</p> <ul style="list-style-type: none"> - Angebote durch Private oder Unternehmen, beschränkt auch finanzielle Mittel von Kanton oder Gemeinde - Einkommensabhängige Tarife - Steuerabzüge - Krippenplätze in Nähe des Arbeits- oder Wohnortes - Interne Betreuungsplätze bei grösseren Firmen - Tessiner Modell (Scuola dell' infanzia, für Kinder ab 3 Jahren) - Mehr Engagement der Gemeinde und Kantone - Interkantonale Zusammenarbeit - Nicht zu restriktive Rahmenbedingungen, um private Angebote nicht zu gefährden - Beratungsmöglichkeiten für Eltern sowie für die Organisatoren von Betreuungsstätten und Unternehmen: <i>„Man könnte in den Kantonen sogenannte ‚Kinderpools‘ lancieren, welche die Kontakte zwischen den Unternehmen einerseits und den Anbietern von Betreuungsplätzen andererseits koordinieren. Der Kinderpool kann den Eltern dabei behilflich sein, einen geeigneten Betreuungsplatz zu finden. Die Beratungsstelle soll aber auch als Ansprechpartnerin für Unternehmen dienen, die sich an der Finanzierung von Massnahmen beteiligen möchten. Nicht zuletzt kann dadurch die Organisation von den auf die regionalen Gegebenheiten abgestimmten Massnahmen koordiniert werden“</i> <p>5. Berufsleben der Eltern</p>	<p><i>Kinder im Schulalter (ab Kindergarten), weil in beiden Domänen eine unterschiedliche Kompetenzordnung in Betracht gezogen werden muss.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Ansatzweise fordert auch die FDP eine bessere Ausbildung des Betreuungspersonals („adäquate Ausbildung“, vgl. Forderung 2.4 der UNESCO-Kommission). - - - Vgl. Forderung 1.4 der Schweizerischen UNESCO-Kommission. Das EKM sieht die Eltern als Zielgruppe früher Bildungsangebote an. - Die Idee der FDP zur Lancierung eines „Kinderpools“ entspricht im Ansatz der von der UNESCO-Kommission geplanten Plattform zur frühkindlichen Bildung.

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>flexiblere Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen, klar geregelter Mutterschutz</p> <p>6. Massnahmen im Bereich der Steuerpolitik</p> <p>Steuerentlastungen für Familien mit mittlerem und tiefem Einkommen, Teilsplitting-Modell, Kinderbetreuungsabzug und Erhöhung des Kinderabzuges, Abzüge für Alleinerziehende, keine Vermischung von Steuern und Sozialleistungen (steuerpolitisches Gegenprojekt der SP), keine Erhöhung der Mehrwertsteuer</p> <p>7. Aufwendungen/ Nutzen und Finanzierung</p> <p>Evaluation des Verhältnisses von Aufwendungen und Nutzen, zusätzliche Aufwendungen im Bereich der Familienpolitik (am besten auf Gemeinde- oder Kantonebene, da der Steuerzahler so am meisten profitiert, Ausnahme ist das Impulsprogramm des Bundes für die Anstossfinanzierung der Betreuungsplätze)</p>	
	<p>FDP Schweiz (2004): Schulraum Schweiz. Leistung fördern und fordern- Chancen verbessern¹⁹:</p> <p>1. Wohnortwechsel ohne Hindernisse und ohne schulische Qualitätseinbussen für Familien und Lehrer: einheitliches, tiefes Schuleintrittsalter und schweizweit gleiche Stufenübergänge, Harmonisierung der Lernziele und Lehrpläne</p> <p>5. Fremdspachen früher lernen: Erlernen einer zweiten Landessprache muss „sehr früh“ beginnen, Englisch als zweite Fremdsprache</p>	<p>- Die FDP schreibt hier zur Chancengleichheit: „Die Chancengleichheit ist seit jeher ein wichtiges Postulat freisinniger Politik“²⁰</p>
	<p>FDP Schweiz (2006): Integration macht die Schweiz erfolgreich-</p>	

¹⁹ FDP Schweiz (2004): Schulraum Schweiz. Leistung fördern und fordern- Chancen verbessern. Resolution der FDP Schweiz. URL: www.fdp-ch.ch/files/content/element/30554/231004_Resolution_d.pdf

²⁰ FDP Schweiz (2004): Schulraum Schweiz. Leistung fördern und fordern- Chancen verbessern. Resolution der FDP Schweiz. URL: www.fdp-ch.ch/files/content/element/30554/231004_Resolution_d.pdf

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Projekte für eine offene Schweiz²¹</p> <p>Ziele der Integrationspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Schaffung von Chancengleichheit und Partizipationsmöglichkeiten, Förderung der Bildung und der persönlichen und beruflichen Entfaltung“ - [...] <p>Grundsätze der Integrationspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Aktive und umfassende Förderung des Einzelnen (in der Vorschule, Schule, im Erwerbsleben, im gesellschaftlichen Leben, in Kultur und Sport)“ - [...] <p>Mittel der Integrationspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Förderung des Spracherwerbs, der Kenntnisse über unsere Grundwerte und unseren Rechtsstaat, der Gesundheitsvorsorge und Massnahmen, welche das gegenseitige Verständnis stärken und Vorurteile abbauen mittels Kursangeboten und Empfangsstrukturen (in der Vorschule, in der Schule, beim Einreisen in die Schweiz, usw.)“ <p>2. Schule und Bildung</p> <p>Postulate, die am 01. April 2006 gutgeheißen wurden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Frühe Einschulung - gezielte sprachliche Förderung fremdsprachiger Kinder noch vor dem Eintritt in die obligatorische Schule - (Fremd)Sprachunterricht ab den ersten Schuljahren - Standardsprache ab Kindergarten - Erreichung von Qualitätszielen in zwei Landessprachen einer weiteren Fremdsprache am Ende der obligatorischen Schulzeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Dazu schreibt die FDP: „Wir sind mit der Fachwelt einig, dass die ungenügende Frühförderung der Kinder und die unzureichenden Interventionsmöglichkeiten bei Entwicklungsdefiziten sowohl bei Schweizer als auch bei Migranten-Kindern prioritär anzugehende Probleme sind. [...] Um systematisch Hürden für Kinder abzubauen und konsequent das Leistungsniveau der Jahrgänge zu festigen und zu erhöhen, ist Frühförderung im Vorschulalter notwendig. Die Politik der Chancengleichheit ist zu verstärken.“

²¹ FDP Schweiz (2006): Integration macht die Schweiz erfolgreich- Projekte für eine offene Schweiz. Positionspapier. URL: www.fdp.ch/platform/content/element/68595/Integration.pdf

FDP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>FDP Schweiz (2008): Mehr Klasse im Klassenzimmer. Forderungen der FDP für eine bessere Schulbildung²²</p> <p>Forderungen (u.a.):</p> <ul style="list-style-type: none"> - „individuelle Förderung der Kinder (z.B. durch frühe Einschulung und durch Basisstufen)“ - „verbesserte Integration durch Chancengleichheit und gute Kenntnisse der Landessprache (Beginn Fremdsprachenunterricht vor Schuleintritt)“ - „Anpassung des Bildungssystems an gesellschaftliche Entwicklungen (z.B. Blockzeiten, Mittagstische und Tagesschulen)“ - Realisierung des Projekts HarmoS 	
	<p>Des Weiteren fordert die FDP :</p> <ul style="list-style-type: none"> - freie Schulwahl - mehr Qualität im Schulwesen 	

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>CVP Schweiz (2004): Aufbruch Schweiz. Parteiprogramm²³:</p> <p>A) Schwerpunkt Wohl der Familie:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vereinbarkeit von Beruf und Familie: <ul style="list-style-type: none"> 2.1 <i>Wir sagen ja zum Erwerb ersatz bei Mutterschaft</i> 2.2 <i>Wir unterstützen Angebote für die familienergänzende Kinderbetreuung</i> 2.3 <i>Wir befürworten die Schaffung von Tagesstrukturen und Tages-schulen</i> 	

²² FDP Schweiz (2008): Mehr Klasse im Klassenzimmer. Forderungen der FDP für eine bessere Schulbildung. Medienmitteilung vom 28.08.2008. URL: http://www.fdp.ch/platform/content/element/97119/Medienmitteilung_d.pdf

²³ CVP Schweiz (2004): Aufbruch Schweiz. Parteiprogramm. URL: <http://www.cvp.ch/upload/prj/document/Parteiprogramm-dt1.pdf>

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>2.4 <i>Wir fördern im Dialog mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Einführung flexibler Arbeitszeiten für Väter und Mütter und familienbedingter Teilzeitarbeit (auch im Kader)</i></p> <p>2.5 <i>Wir unterstützen Angebote für die berufliche Wiedereingliederung und Weiterbildung in der Zeit der Kindererziehung</i></p> <p>- Familienberatungszentren:</p> <p>2.14 <i>Wir setzen uns für regional verankerte Beratungszentren ein, die als Informationsdrehscheibe funktionieren und insbesondere die Bereiche der Kleinkinder und Jugendbetreuung abdecken</i></p> <p>2.15 <i>Wir setzen uns für regional verankerte Familienberatungsstellen ein, die sich spezifisch der Elternbildung und der Krisenbewältigung in der Familie widmen</i></p> <p>- Wir machen uns für Kinder stark</p> <p>B) liberal-soziale Positionen:</p> <p>- Bildung fördern: für ein leistungsstarkes Bildungssystem</p> <p>3. <i>Wir unterstützen die frühere Einschulung unserer Kinder mit 5 Jahren.</i></p> <p>5. <i>Wir bringen jungen Ausländerinnen und Ausländern eine Landessprache bei und machen sie mit Kultur und Geschichte vertraut, bevor sie in die Regelklassen eingegliedert werden.[...]</i></p>	<p>- In den Lösungsansätzen des Schwerpunktes Wohl der Familie des Parteiprogramms der CVP wird auch der Grundsatz „<i>Wir machen uns für Kinder stark</i>“ festgehalten. Eine Förderung der frühkindlichen Bildung wird nicht erwähnt.</p> <p>- Der Grundsatz hierzu lautet: „<i>Der Bildung und Forschung kommt für uns erstrangiger Stellenwert zu. Wir schaffen Rahmenbedingungen, die uns einen internationalen Spitzenplatz garantieren.[...] Forschung und Bildung sind Quellen unseres Wohlstands.</i>“ Ebenso wie die FDP definiert die CVP Bildung als wichtigste Ressource der Schweiz, bezieht sich bei der Frühförderung jedoch nur auf einen Defizitausgleich.</p>
	<p>CVP Schweiz (2007): Wahlvertrag 2007²⁴:</p> <p>1. Für eine familienfreundliche Schweiz</p> <p>1.3 <i>[...] Kinder im Vorschulalter haben das Recht auf eine Betreuung, auch auf eine ausserfamiliäre Betreuung. Alle Vierjährigen sollen bis spätestens 2009 Zugang zum Kindergarten oder zur Grundstufe haben. [...]</i></p> <p>2.7 <i>Eltern und Erziehungsverantwortliche müssen für die Übernahme ihrer Verantwortung geschult werden, Elternbildung ist notwendig. Auch sollen sie Zugang zu Beratung und Beglei-</i></p>	<p>- Eltern werden in den Forderung der EKM als Zielgruppe der Frühförderungsmassnahmen definiert</p>

²⁴ CVP Schweiz (2007): Wahlvertrag. URL: <http://www.cvp.ch/upload/cms/user/Wahlvertrag07Endfassung-d.pdf>

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p><i>tung haben und gezielt von Präventionsmassnahmen profitieren können. Eltern jeglicher Herkunft müssen in die schulische und gesellschaftliche Mitverantwortung eingebunden werden.</i></p> <p>2.8 Der Spracherwerb der Kinder ausländischer Herkunft und ihrer Eltern muss gefördert werden. Ausländische Schülerinnen und Schüler, die mit unserer Sprache nicht vertraut sind, müssen vor der Eingliederung in die Regelklasse die Sprache erlernen und sich mit unseren Werten vertraut machen.</p> <p>2.9 Die Bildungs- und Integrationschancen von Kindern ausländischer Herkunft schrumpfen massiv, wenn wir nicht auf die Verbindlichkeit der Lehrpläne pochen: Klassenlager, Turn- und Schwimmunterricht sind für alle obligatorisch.</p>	<p>- Fokus auf die Sprachförderung, Vgl. FDP</p>
	<p>CVP Schweiz (2008)²⁵: Für eine starke Volksschule. 12 Achsen für die Schulentwicklung der Zukunft</p> <p>2. Sprachförderung forcieren <i>„Wir fordern gezielte Sprachförderung in den lokalen Landessprachen sowie Sprachtests im Vorschulalter. Kinder mit grossen Defiziten erhalten eine sprachliche Frühförderung. Diese kann selektiv obligatorisch erklärt werden. Die Teilnahme der Eltern oder eines Elternteils ist erwünscht.“</i></p> <p>6. JA zu HarmoS- JA zu Qualität <i>„HarmoS ist die Antwort der Kantone, um die Herausforderungen aus den PISA-Ergebnissen zu meistern: Im Konkordat der Kantone werden Eckwerte wie Schuleintritt, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge geregelt. Das kommt insbesondere auch den Kindern aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien zu Gute.[...]“</i></p> <p>8. Elternmitwirkung und Elterneinbindung fördern <i>„Ein funktionierendes Bildungssystem baut auf der Erziehung und Förderung im Elternhaus auf. Wir begrüssen eine „institutionalisierte“ Elterneinbindung für die ganze obligatorische Schulzeit und auch im Vorschulbereich. In den kantonalen Schulgesetzen</i></p>	<p>- Siehe oben (Sprachförderung, Elternmitembezug)</p>

²⁵ CVP Schweiz (2008): Für eine starke Volksschule. URL: http://www.cvp.ch/upload/prj/document/2008-08-Volksschule_d.pdf

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p><i>sind ein institutionalisierter Elternkontakt und Elternräte vorzusehen.“</i></p> <p>9. Verlässliche Tagesstrukturen schaffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vgl. dazu Motion allenfalls Postulat der CVP-Fraktion des Kantons Zug betreffend Bildungsoffensive für Eltern und Kinder im Vorschulalter vom 13. August 2007 (von Regierungs- und Kantonsrat als nicht erheblich erklärt). URL: http://www.zug.ch/behoerden/kantonsrat/kantonsratsvorlagen_geschaefte/1566/1/at_download/file_pdf
	<p>CVP Schweiz (2008)²⁶: HarmoS- Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule</p> <p>1. Kinder</p> <p><i>„[...]Es gilt als erwiesen, dass diese frühe Entwicklungsphase entscheidend ist für den künftigen Werdegang eines Kindes: Wer früh lernt, hat später die besseren Chancen. Wer es also heute früh fördert, der verbessert seine künftigen Chancen. Denn in der heutigen Welt (und insbesondere in der Schweiz) ist Bildung das grösste und wichtigste Kapital, das wir haben.“</i></p> <p><i>„Wir unterstützen die frühe Einschulung unserer Kinder, wie es im HarmoS- Konkordat vorgesehen ist.“</i></p> <p>1a. Vorschulzeit</p> <p><i>„[...] Begrüssst wird, dass die Kantone entscheiden, wie sie die Vorschulzeit organisieren. [...] Die Einschulung ist im Sinne eines gleitenden Übergangs vom Spielen zum Lernen festgelegt.“</i></p> <p><i>„Wir unterstützen einen obligatorischen Kindergarten bzw. eine obligatorische Grund- oder Basisstufe, wie es das HarmoS-Konkordat vorsieht.“</i></p> <p>1b. Gerechte Startbedingungen</p> <p><i>„Wir fordern gerechte Startbedingungen für alle Kinder – unabhängig von der sozialen Herkunft. [...] Ebenso steigert die Frühförde-</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Verantwortung liegt entsprechend dem HarmoS-Konkordat bei den Kantonen (Vgl. auch Punkt 2a dieses Positionspapiers)

²⁶ CVP Schweiz (2008): HarmoS. Positionspapier. URL: http://www.cvp.ch/upload/prj/document/HarmoS_d.pdf

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>rung die Sprachkompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund.“</p> <p>„Wir unterstützen das HarmoS-Konkordat, weil es allen Kindern die gleichen Startbedingungen ermöglicht.“</p> <p>1c. Erlernen von Fremdsprachen „Dazu gehört auch die Kenntnis einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache, idealerweise Englisch. Das heisst nun nicht, dass bereits im Kindergarten mit dem Erlernen einer Fremdsprache begonnen werden soll. Ebenso wenig ist die Rede davon, Hochdeutsch bereits im Kindergarten zu lernen.“</p> <p>„Wir unterstützen die Vorgaben im HarmoS-Konkordat, wonach bereits früh mit dem Erlernen einer Fremdsprache begonnen wird.“</p> <p>2. Familien „Wir setzen uns für Familien und Kinder ein.“</p> <p>2a. Betreuungsmöglichkeiten „[...]Wir begrüssen deshalb, dass die Kantone sich dazu verpflichten, dem Bedarf vor Ort entsprechende Tagesstrukturen anzubieten.“</p> <p>„Wir unterstützen die Schaffung von verlässlichen Tagesstrukturen und die Einführung von Blockzeiten“</p> <p>2b. Subsidiarität „Die Erziehung ist Sache der Familie- und keine Staatsaufgabe! [...] Das Wohl der Kinder geniesst höchsten Stellenwert.“</p> <p>„Wir unterstützen die Möglichkeiten, welche sich durch das HarmoS-Konkordat für die Familien und Kinder entwickeln.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Chancengleichheit für alle Kinder, Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund - Die Verschiebung schulischer Inhalte in die Vorschulstufe ist eine der grössten Befürchtungen der Schweizerischen Bevölkerung bezüglich der frühkindlichen Bildung und wird von verschiedenen Seiten kritisiert. <p>- Vgl. FDP/ SVP</p>

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>CVP Schweiz (2007)²⁷: Menschlich und leistungsorientiert: CVP-Bildung für die Zukunft 8 Schlüsselfaktoren für eine hervorragende Bildungslandschaft Schweiz der Zukunft</p> <p>1. Entwicklungsgerechte frühkindliche Förderung <i>„Die moderne Hirnforschung belegt die unterschätzte Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung. Wird diese Entwicklungsphase nicht oder nicht altersgerecht genutzt, entstehen schwerwiegende Benachteiligungen.“</i></p> <p>Konkrete Forderung: <i>„Schweizweit besteht die Möglichkeit Kinder bereits vor dem Schuleintritt und ergänzend zu den medizinischen Untersuchungen heilpädagogisch abzuklären und bei therapiefähigem Befund mit kinder- und altersgerechten Formen spielerisch zu therapieren. Diese Angebote sind zu forcieren. Je nach örtlicher Begebenheit ist deshalb entweder der/die Haus-, der/die Kinderarzt/ärztin oder die Mütter- und Väterberatung mit Unterstützung der Heilpädagogischen Früherziehung zu einer entsprechenden Abklärung, das Einverständnis der Eltern vorausgesetzt, zu verpflichten.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> - Fokus auf heilpädagogische Früherkennung und –förderung. Der Begriff „Frühförderung“ wurde ursprünglich im Bereich der Heilpädagogik, und nicht in Bezug auf frühkindliche Bildung verwendet, was immer wieder zu Unklarheiten führt.
	<p>CVP Schweiz (2003): Bildungspolitik für die Zukunft²⁸</p> <p>Die Forderungen in Kürze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fokus Sprachförderung: <i>„Die CVP will, dass die Schweiz aus dem Mittelfeld an die PISA-Spitze vorstösst. Sie verlangt national abgestimmte Lernziele. Mit dem Erlernen einer zweiten Landessprache und Englisch ist früh zu beginnen (erste Fremdsprache ab 3. Klasse). Bis Ende der obligatorischen Schulzeit sollen die Kenntnisse in den beiden Fremdsprachen das gleiche Niveau erreicht haben.“</i> - Fokus Integration: <i>„Die CVP will, dass ausländische Kinder und</i> 	<ul style="list-style-type: none"> - Die CVP schreibt hierzu: <i>„Bildung ist für die CVP das wichtigste Potential für eine aktive und verantwortungsvolle Gesellschaft und eine erfolgreiche Wirtschaft“</i>, bezieht sich jedoch später nur auf die Frühförderung von Kindern mit Migrationshintergrund, obschon Chancengleichheit als Ziel gilt. Die Bildungspolitik der CVP ähnelt in ihrer Argumentation und Schwerpunktsetzung stark jener der FDP.

²⁷ CVP Schweiz (2007): Menschlich und leistungsorientiert. CVP- Bildung für die Zukunft. Positionspapier. URL: <http://www.cvp.ch/upload/prj/document/CVPBildungfrdieZukunft-DE.pdf>

²⁸ CVP Schweiz (2003): Bildungspolitik für die Zukunft- 2003. URL: <http://www.cvp.ch/upload/prj/document/ZXXVBLFLYA.pdf>

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p><i>Jugendliche mit Hilfe der Schule möglichst rasch integriert werden. Vor der Eingliederung in die Regelklasse sollen sie Unterricht in der Standardsprache und in Schweizer Kultur belegen und nur musische, gestalterische und sportliche Fächer im normalen Klassenverband besuchen.“</i></p> <p>- Familienexterne Betreuung: „Die CVP will Kinder- und Elternberatungsstellen, Kinderkrippen und Tagesstrukturen schaffen. Blockzeiten im Unterricht und massgeschneiderte familienergänzende Begleitstrukturen der Schulen sollen die Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern unterstützen.“</p> <p>1. Volksschule</p> <p>1.1 Förderung von Allgemeinkompetenzen (Sozial-, Selbst-, Sachkompetenz): „Die CVP unterstützt eine ganzheitliche Schulentwicklung, welche die Jugendlichen zu motivierten, verantwortungsbewussten und lebensächtigen Persönlichkeiten ausbildet.“</p> <p>1.2 Interkantonale Lernziele und früherer Fremdsprachenunterricht: „Die CVP unterstützt unser föderatives Schulsystem, verlangt aber national abgestimmte Lernziele. Grossräumig vereinbarte und evaluierte Lernziele sollen auf Anschlussausbildungen (Berufs- und Mittelschulen) vorbereiten und die Mobilität der Familien nicht erschweren. Die Durchlässigkeit zwischen den Kantonen ist zu erhöhen.“</p> <p>1.4 Integration von jungen Ausländern und Ausländerinnen: „Zu Beginn der Schulzeit soll ein „Intensivkurs“ erfolgen, in dem die Landessprache und die Schweizerische Kultur erlernt werden.“</p> <p>1.6 Einführung der Grund- oder Basisstufe</p> <p>„Die Verbindung von Kindergarten und Schulbeginn (Grund- oder Basisstufe) soll eine individuelle Förderung der Kinder ermöglichen.“</p> <p>Verbinden von Kindergarten und Schule, wobei „individuell gestaltete“ Übergänge vom spielerischen zum schulischen Lernen gefördert werden sollen.</p>	<p>- Elternberatung, Vgl. EKM</p> <p>- Die hier erwähnten „Allgemeinkompetenzen“ spielen bei der frühkindlichen Bildung eine zentrale Rolle, die CVP geht aber diesbezüglich nur auf die Relevanz bei Jugendlichen und das Prinzip des lebenslangen Lernens ein.</p> <p>- Auf die Vorschulstufe wird nicht eingegangen. Der Erwerb von Fremdsprachen gilt als „Schlüsselkompetenz“.</p> <p>- Forderung 1.6: Das Konzept der Grund- und Basisstufe wird unter anderem in sechs Gemeinden des Kantons Aargau getestet (Vgl. Kanton Aargau (o.J.): Grund- und Basisstufe als neue Eingangsstufe. URL: http://www.ag.ch/gbs/de/pub/index.php. Weitere Praxisprojekte sind auf der Website zur frühkindlichen Bildung der Schweizerischen UNESCO-Kommission zu finden: http://www.fruehkindliche-</p>

CVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>1.7 Blockzeiten und Tagesstrukturen</p> <p>„Zur Unterstützung der Eltern will die CVP Kinder- und Elternberatungsstellen, Kinderkrippen und Tagesstrukturen schaffen. Blockzeiten im Unterricht und massgeschneiderte Begleitstrukturen der Schulen sollen die Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern unterstützen.“</p> <p>Gefordert sind mehr Beratungsstellen für Eltern von Kinder, die vor dem Eintritt in den Kindergarten oder die Primarschule stehen (ab 2 Jahren), sowie „gut geführte“ Krippen oder Betreuungsplätze in Familien.</p>	<p>bildung.ch/de/initiativen/praxisprojekte)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fraglich bleibt, ob die CVP mit dem Begriff „Förderung“ heilpädagogische Frühförderung (s.o.) oder frühkindliche Bildung umschreibt. - Die EKFF fordert eine bessere Zusammenarbeit von Familie und Schule, die Schweizerische UNESCO-Kommission postuliert eine Aufhebung der Trennung von Frühbereich (0-4 Jahre) und Vorschulbereich (4-6 Jahre)
	<p>CVP Bern/ BE: Berufstätige Eltern entlasten – Kinder integrieren – Familien belohnen (2008)²⁹:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krippe-Programm: Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft, prioritär für Berufstätige - Obligatorische Deutschkurse für Kinder im Vorschulalter fremdsprachiger Eltern - Bessere Integration von sozial benachteiligten Kindern - Förderung von Spielgruppen und eine Erleichterung des Zugangs auch für weniger bemittelte Familien - Erhöhte Kinderabzüge bei den kantonalen Steuern - „Kindermengen-Rabatt“ bei der familienexternen Kinderbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> - Sowohl die EDK und die SODK, die Internationale Bildungskonferenz (ICE) als auch die FDP schlagen in ihren Forderungen eine aktivere Zusammenarbeit mit Privaten bezüglich der Bereitstellung von familienexternen, vorschulischen Angeboten vor.
	<p>Weitere Forderung der CVP:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einführung eines Kinderbetreuungs-Abzuges (Abzüge bei Bund und Kantonen für familienexterne Kinderbetreuung) - Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen - Einführung des sogenannten „Kindertarifs“ ab 2011 (Vgl. SP) 	<ul style="list-style-type: none"> - Urs Schwaller (CVP) und Lucrezia Meier-Schatz (CVP) forderten in ihren Motionen von 2008 die Einführung eines Kindertarifes. Der NR hat die Motionen noch nicht beantwortet.³⁰

²⁹ CVP BE (2008): Berufstätige Eltern entlasten – Kinder integrieren – Familien belohnen. Familienpolitisches Konzept der CVP für Stadt und Kanton Bern. URL: http://www.cvp.ch/de/documents/berufstaetige_eltern_entlasten_%96_kinder_integrieren_%96_familien_belohnen_docdetail--0--0--0--3--5299.html

³⁰ Vgl. dazu die eingerichteten Motionen. Motion Schwaller: URL: http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20083588
Motion Meier-Schatz: URL: http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20083585

SVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>SVP Schweiz (2008): Sozialpolitik der SVP Schweiz. Leitlinien der SVP-Fraktion für die Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik für die Legislaturperiode 2007 – 2011³¹</p> <p>2.11. Familie und Erziehung</p> <p>„[...] Die Eltern sind verantwortlich für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder. [...] Für Kinder, die ohne den Schutz der Familie aufwachsen müssen, sind genügend Betreuungsplätze anzubieten. Dies ist aber nicht Sache des Bundes, sondern obliegt Kantonen und Gemeinden, denn diese kennen die Bedürfnisse am besten. Ziel ist es nicht, flächendeckend Betreuungsangebote einzurichten, sondern die Initiative möglichst Privaten zu überlassen. Der Staat muss dort helfen, wo es nötig ist, nicht aber eine Betreuungsform aufzwingen. Das Tragen der innerfamiliären Verantwortung ist der Anspruchshaltung gegenüber dem Staat vorzuziehen.“</p> <p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Stärkung der traditionellen Familie. Insbesondere das Ansehen von Müttern, welche auf einen Job verzichten und selber zu ihren Kindern schauen, ist zu stärken.“ - „Die Bemühung der Eltern, die Kinder selber zu erziehen und zu betreuen, ist mit starken steuerlichen Entlastungen zu fördern. Diese steuerliche Entlastung hat die steuerliche Entlastung der Fremdbetreuung um 50 Prozent zu übertreffen.“ - „Die SVP lehnt den Umstand ab, dass Asylanten, Arbeitslose und Angestellte Familienzulagen erhalten, Selbständige hingegen nicht. Der Grundsatz „Ein Kind eine Zulage“ sollte durch ein Modell mit einer paritätischen Finanzierung verwirklicht werden.“ - „Die Finanzierung von Betreuungsstätten ist nur dann eine soziale Aufgabe der Gemeinschaft, wenn die Eltern nicht selber in 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Familie gilt als Hauptverantwortliche im Bereich der frühkindlichen Bildung, eine Mitverantwortung durch den Staat und die Gesellschaft ist nur bedingt erwünscht. Gefordert sind die Kantone und Gemeinden, familienexterne Betreuungsangebote sollen von Privaten angeboten werden (Vgl. FDP) - Die SVP zielt auf eine verstärkte familieninterne Betreuung ab, da familienexterne Betreuungsangebote als Bedrohung für die traditionellen Werte der Familie angesehen werden. Jasmin Hutter reichte am 24.09.2006 eine Motion ein, in der die steuerliche Entlastung von Kinderbetreuung innerhalb der Familie gefordert wurde. Die Motion wurde am 01.10.2007 vom NR abgelehnt, der Bundesrat begründete die Ablehnung der Motion wie folgt: „Mit diesem neuen Abzug würde ein ausserfiskalisches Ziel verfolgt, nämlich die Förderung der Selbstbetreuung von Kindern.“ Sowie: „Es ist im Übrigen auch erwiesen, dass sich Kontakte zu anderen Kindern und anderen erwachsenen Bezugspersonen im Rahmen familienergänzender Betreuung für die Entwicklung der Kinder positiv auswirken.“³²

³¹ SVP Schweiz (2008): Sozialpolitik der SVP Schweiz. Positionspapier. URL: http://www.svp.ch/file/d2008.10Legislaturprogramm_Sozialwerke.pdf

³² Vgl. dazu den eingereichten Text und die Begründung des Bundesrates auf URL: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20063459

SVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>der Lage sind, für diese Betreuungsstätten aufzukommen und die Inanspruchnahme einer solchen Einrichtung zwingend ist.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Die Finanzierung von Betreuungsstätten ist in erster Linie Sache der Sozialpartner, in zweiter Linie von Kantonen und Gemeinden, aber nicht Sache des Bundes.“ - „Die SVP lehnt die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen ab wie sie im Art. 11 Abs. 2 des HarmoS-Konkordats festgeschrieben ist.“ - „Betreuungsstätten sind transparent und via Vollkostenrechnungen zu führen. Beiträge der öffentlichen Hand haben subjektfinanziert über die Kinder zu erfolgen, aber nur dann, wenn die Eltern nicht selber für die Stätten aufkommen können.“ - „Das Betreuungswesen ist zu entbürokratisieren (übertriebene Auflagen an Lokalitäten und Ausbildung des Betreuungspersonals, Bewilligungspflichten).“ - „Die SVP lehnt die Einführung der Adoption im Partnerschaftsgesetz im Interesse der Kinder ab.“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Diese Forderung spricht in Prinzip gegen eine verbesserte Ausbildung des Betreuungspersonals, wie dies von verschiedenen Organisationen und Parteien gefordert wird (u.a. EKM, EKFF, Netzwerk Kinderbetreuung, UNESCO)
	<p>SVP Schweiz (2008): Wahlplattform 2007-2011³³</p> <p>Bildung: Leistung fordern- Leistung fördern</p> <p>„Im Bildungswesen teilen sich Bund und Kantone die Verantwortung. Diese Zusammenarbeit ist zu stärken, eine Zentralisierung aber abzulehnen. [...] Eine Pädagogik- sei es in Schule oder Elternhaus-, die nur aus kuscheliger Atmosphäre und Wohlfühlen besteht und jede messbare Leistung vermeidet, betrügt die Kinder um andere, ebenso wichtige Eigenschaften: Durchhaltewillen, Verantwortungsbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Zielorientierung. Es braucht wieder hohe Standards in der Bildung. [...] Die Qualität hängt weniger vom Einsatz öffentlicher Mittel ab als vom Willen, Herausragendes zu leisten. [...] Statt ständig auf Reformexperimente zu setzen, soll die Schule den Schülerinnen und Schülern wieder die grundlegenden Kernkompetenzen beibringen. Wo es nötig ist, sind fremdsprachige Schüler separat zu un-</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Auch die SVP sieht Bildung als wichtigste ökonomische Ressource der Schweiz an (Vgl. FDP, CVP), betont jedoch, dass Bildung als „privates Gut“ zu betrachten sei und demnach nicht der Verantwortung des Staates unterliege.

³³ SVP Schweiz (2008): Mein Zuhause- unsere Schweiz. Wahlplattform 2007- 2011. URL: <http://www.svp.ch/file/wahlplattform07-11-d.pdf>

SVP	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>terrichten, damit die Leistung und Qualität der Regelklassen nicht leidet. Dieser Unterricht ist von den Eltern mitzufinanzieren [...].“</p> <p>Mensch, Familie und Gesellschaft : Miteinander statt gegeneinander</p> <p>Die traditionelle Familie stärken: „[...] Traditionelle Familien mit ihren Kindern verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. [...] Familienförderung fängt primär bei den Steuern an. Die SVP setzt sich deshalb für steuerliche Entlastungen zugunsten der Familie ein.“</p> <p>Unsere Jugend- unsere Zukunft: „Kleinkinder benötigen zumindest eine feste Bezugsperson, damit ihre spätere psychische Stabilität nicht gefährdet ist. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen, Mittagstische usw. können und sollen die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht einfach an den Staat delegiert werden. Wichtig sind für unsere Jugend Unterstützung und Anerkennung sowie gute Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Familie bietet dafür die idealen Voraussetzungen.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrheitlich gleicher Wortlaut wie bei Punkt 2.11 „Familie und Erziehung“ des Positionspapiers zur Sozialpolitik der SVP. Es werden hier einzig neue Aspekte der Familienpolitik der Partei aufgeführt.
	<p>SVP Schweiz (2007): Wenn Rot/ Grün gewinnt, geht die Schweiz kaputt!³⁴</p> <p>7. Die Folgen der linken Bildungspolitik</p> <p>7.4 Immer mehr Geld für immer weniger Leistung?</p> <p>„[...] <i>Es ist offensichtlich, dass mehr Geld nicht zwingend mehr Wissen erzeugt. Die SVP fordert deshalb mit Nachdruck, dass die vorhandenen Gelder effizient und sinnvoll eingesetzt werden.</i>“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die SVP erkennt in den temporären Problemen des Schweizerischen Vorschul- und Schulsystems die Handschrift der linken Parteien: „<i>Die Gründe dafür sind die linke Unterwanderung des Bildungsbereichs, welche antiautoritäre Pädagogik, Abschaffung der Noten in der Grundschule, generelle Abkehr vom Leistungsprinzip, negative Besetzung von positiven Begriffen wie Fleiss, Disziplin und Tüchtigkeit mit sich zieht</i>“. Auch die Integrationspolitik wird als Ursache angesehen: „<i>Die falsche Einwanderungspolitik hat auch ihren Einfluss auf die Probleme an unseren Schulen. Denn auch die Pisa-Studie belegt: Sind zu viele Ausländerkinder in einer Klasse, sinken die schulischen Leistungen aller Kinder.</i>“³⁵

³⁴ SVP Schweiz (2007): Wenn Rot/Grün gewinnt, geht die Schweiz kaputt! Dokumentation über die katastrophalen Auswirkungen der linken Politik der Neunzigerjahre. Positionspapier. URL: <http://www.svp.ch/file/070405-rot-gruen-papier-druckversion-d.pdf>

³⁵ Vgl. Brunner, Toni (2007): Links-grüne Ausländer und Bildungspolitik- jetzt haben wir den Schlamassel. Referat an der Medienkonferenz der SVP Schweiz am 05. April 2007. URL: http://www.svp.ch/index.html?page_id=2992&l=2

Grüne	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Grüne Partei der Schweiz (2007): Wahlplattform 2007³⁶</p> <p>3. Grün wählen: für eine engagierte Sozialpolitik <i>„[...] Für die Grünen ist klar, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und Lebensform, die gleichen Rechte haben müssen [...] Nicht alle Kinder haben gleiche Bildungschancen, und in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigte Menschen werden an den Rand gedrückt.“</i></p> <p>3.1 Eine gesicherte Existenz und Integration für alle <i>„[...] Familien erbringen unbezahlte und unbezahlbare Leistungen, die für die Gesellschaft von heute und morgen von tragender Bedeutung sind. Diese Leistungen sind mit finanzieller Unterstützung zu würdigen und mit guten Rahmenbedingungen zu fördern.“</i></p> <p>Für die kommende Legislatur fordern die Grünen: <i>„[...] eine Familienpolitik, die den gesellschaftlichen Realitäten Rechnung trägt: Angemessene Zulagen für alle Kinder, unabhängig von der beruflichen Stellung der Eltern, Anrecht auf Ergänzungsleistungen für Kinder in prekären Verhältnissen, familienergänzende Betreuungsstrukturen und flexible Arbeitsmodelle, damit Familie und Beruf für Frauen und Männer vereinbar sind.“</i></p> <p>3.3 Gleichstellung und Chancengleichheit <i>„Chancengleichheit ist für die Grünen Programm. [...] Alle müssen gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung, Weiterbildung, zu Beschäftigung und zur Kultur haben. [...] Wir wollen, dass junge Männer Kleinkindererzieher werden und Väter in Vaterschaftsurlaub gehen können, ohne als Exoten zu gelten. Deshalb wollen wir die Einführung eines Elternurlaubs für Väter und Mütter. Chancengleichheit brauchen wir auch in Bildung und Kultur. Wir stehen ein für eine Schule, die integriert.“</i></p>	<p>- Vgl. FDP und CVP</p> <p>- Vgl. 1. Grundsatz und 1. Forderung der Forderungen der UNESCO-Kommission. Die UNESCO-Kommission spricht sich für die Einführung</p>

³⁶ Grüne Partei der Schweiz (2007): Wahlplattform 2007. URL:

http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/gruene_programme/wahlprogramme/wahlplattform07/2007_wahlplattform_d.pdf

Grüne	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Für die kommende Legislatur fordern die Grünen: <i>„[...] Blockzeiten in der Schule und ausserhäusliche Kinderbetreuung je nach Bedürfnissen mit Mittagstischen, Krippen, Tagesschulen usw. für Kinder von 0 bis 16 Jahren. In den Gemeinden soll ein freiwilliges Angebot mit einer Kostenbeteiligung aufgebaut werden. Kinderbetreuung soll steuerlich abzugsfähig sein.</i> <i>Die Förderung und Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs.</i> <i>Den Vorrang des Prinzips Integration und Chancengleichheit vor dem Prinzip der Selektion in allen Schulen [...]“</i></p>	<p>eines substanziellen Elternurlaubs aus.</p> <p>- Entgegen der bisher aufgeführten politischen Positionen weist die Grüne Partei den Gemeinden die Hauptverantwortung in Bezug auf die Bereitstellung von familienexternen Betreuungsangeboten zu.</p>
	<p>Grüne Partei der Schweiz (2002): Grüne Position zur Familienpolitik³⁷</p> <p>1. Grundsätzliches <i>[...] Jedes Kind soll, versehen mit den für eine gesunde Entwicklung notwendigen Ressourcen, in Sicherheit und in einem verlässlichen Umfeld aufwachsen können. Entsprechend der ganzheitlichen Betrachtungsweise der Grünen soll der Staat Familien unterstützen hinsichtlich ihrer materiellen, ihren sozialen und ihren ökologischen Bedürfnissen. [...] Kinder sind eigene Rechtssubjekte, die als solche ernst zu nehmen sind (UNO-Konvention über die Rechte des Kindes); ihnen ist staatlich garantierter Schutz zuzugestehen.“</i></p> <p>3.1 Materielle Sicherung Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - [...] <ul style="list-style-type: none"> - <i>Kinderzulagen: gesamtschweizerische Vereinheitlichung, für jedes Kind eine Zulage, entsprechend der CNG-Initiative „Für faire Kinderzulagen“</i> - <i>Abzug der Kosten für die Kinderbetreuung von den Steuern</i> - <i>Garantierte Existenzsicherung für jedes Kind</i> 	

³⁷ Grüne Partei der Schweiz (2002): Grüne Position zur Familienpolitik. Positionspapier. URL: http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/soziales/soziale_sicherheit/familienpolitik_d.pdf

Grüne	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Bedarfsgerechte Unterstützung der Familien in Form von Ergänzungsleistungen</i> - <i>Die Übernahme des „Tessiner Modells“ für die ganze Schweiz</i> <p>Frauen leisten die meiste unentgeltliche Betreuungs- und Erziehungsarbeit, deshalb verlangen wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>die Anrechenbarkeit der Erziehungs- und Betreuungsarbeit von Frau/ Mann nicht nur bei der AHV, sondern auch für die 2. Säule</i> - <i>die Proportionalisierung des BVG-Koordinationsabzugs zum Beschäftigungsgrad</i> - <i>eine Mutterschaftsversicherung, finanziert aus der Erwerbssatzordnung EO</i> - <i>einen bezahlten Elternurlaub von 16 Wochen</i> <p>3.2 Soziale und strukturelle Unterstützung</p> <p><i>„Kinder brauchen in erster Linie ein verlässliches Umfeld. Sie sollen feste Bezugspersonen und einen geregelten Tagesablauf haben. Sie haben ein Anrecht auf Bildung. Familie, Arbeitswelt sowie familienergänzende Einrichtungen und Schulen sollen sich so ergänzen, dass den Kindern jederzeit die ihren Bedürfnissen entsprechende Förderung und Sicherheit zukommt. Familienpolitik ist stets auch Gleichstellungspolitik.“</i></p> <p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ein gutes Bildungsangebot mit Chancengerechtigkeit für alle Kinder (insbesondere unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft) - [...] - angemessene flächendeckende Versorgung mit Angeboten an familienexterner Betreuung: Krippen, Tagesheime, Horte, Tagesfamilien - [...] - Elternbildung 	<ul style="list-style-type: none"> - Auch die FDP fordert eine Anwendung des Betreuungsmodells des Kantons Tessin in der ganzen Schweiz (s.o.) - Vgl. Forderung 1 der UNESCO-Kommission (Mutterschaftsversicherung, Elternurlaub)

Grüne	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>Grüne Partei der Schweiz (2005): Grüne Position zur Bildungspolitik³⁸</p> <p>A Zentrale Grundsätze und Haltungen³⁹</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bildung braucht Zeit 2. Vielfalt ist erwünscht 3. Ganzheitlichkeit: Wissen, Fertigkeiten, Kompetenzen und Ressourcen 4. Integration und Chancengleichheit sind zentrale Prinzipien 5. Für die formelle Bildung ist der Staat, die Öffentlichkeit verantwortlich <p>B Bildungspolitische Forderungen und Weichenstellungen</p> <p>Bund, Kantone und Gemeinden tragen gemeinsam Verantwortung für die öffentlichen Bildungseinrichtungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - [...] - Die Bundesaufgaben werden von einem neu zu schaffenden Bundesamt für Bildung wahrgenommen <p>Bildungsinvestitionen müssen neu gewichtet werden</p> <ul style="list-style-type: none"> - [...] - Für den Schuleinstieg ist die Basisstufe mit einem Eintrittsalter von 4-5 Jahren und einer Dauer von durchschnittlich vier Jahren zu favorisieren. Die Basisstufe muss sich an den Prinzipien von Integration und Chancengleichheit orientieren und dafür genügend Mittel erhalten. Sie dient nicht einer frühen kognitiven Schulung, sondern fördert eine breite Kompetenzentwicklung, insbesondere im psychosozialen Bereich. - [...] - Es braucht ein landesweites Konzept „Sprachen lernen“, welches die Erstsprachen (Familiensprachen der Einheimischen wie auch der Immigrierten), die jeweilige lokale Standardsprache und die Fremdsprachen berücksichtigt. Ein sicheres Fundament 	<ul style="list-style-type: none"> - Die TAK und die EKM fordern ein nationales Programm zur Frühförderung. Sprachförderung gilt als Teilbereich dieser Förderungsmaßnahmen.

³⁸ Grüne Partei der Schweiz (2005): grüne Position zur Bildungspolitik. Positionspapier. URL: http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/soziales/bildung/bildungspolitik_d_web.pdf

³⁹ Es wird hier nicht weiter auf den Inhalt dieser Grundsätze eingegangen, da die Überschriften selbsterklärend sind. Der genaue Wortlaut ist in der angegebenen Quelle nachlesbar.

Grüne	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p><i>in der Erstsprache ist wichtig, daher haben immigrierte Kinder Anrecht auf öffentlich getragenen Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur. Die lokale Standardsprache soll in der Basisstufe erworben werden. Ein früher Start mehrerer Fremdsprach-Lehrgänge ist nicht dringend. Erste Fremdsprache solle eine Landessprache sein. Am Ende der obligatorischen Schulzeit sollen Standards in der Lokalsprache sowie in zwei Fremdsprachen erreicht werden.</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> - - Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) werden mittlerweile in allen Kantonen der Schweiz angeboten. Der Unterricht findet in der öffentlichen Schule statt und wird von den Bildungsverantwortlichen im Kanton unterstützt. Die Kurse werden von den Botschaften der Herkunftsländer oder Privaten angeboten.⁴⁰
	<p>Grüne Partei der Schweiz (2005): Grundlagenpapier zur Grünen Bildungspolitik⁴¹</p> <p>A Einleitung</p> <p><i>[...] Für die Grüne Bildungspolitik ist folgender Bildungsbegriff wegleitend: Bildung ist immer Selbstbildung. Öffentliche, formelle Bildung kann und muss Gelegenheiten schaffen und Angebote bereitstellen, damit sich Menschen bilden können. Bildung ist weit mehr als gesammeltes Wissen. Bildung ist darüber hinaus ein breiter Fächer von Interessen und Empfindungen, Fähigkeiten und Kompetenzen, Einstellungen und Überzeugungen. Vieles davon ist „elementar“, das heisst, es wird in jungen Jahren angeeignet.[...]</i></p> <p>B Leitgedanken Grüner Bildungspolitik, Basis für politische Entscheidungen</p> <p>Leitgedanke 3: Chancengleichheit und Gerechtigkeit</p> <p><i>[...] Grüne Bildungspolitik setzt sich für die soziale und geschlechtliche Chancengleichheit auf allen Bildungsstufen ein, orientiert an landesweiten Zielen. [...]</i></p> <p>C Themen und Aspekte der Bildungspolitik</p> <p>1. Volksschule (inkl. Basisstufe, Kindergarten)</p>	

⁴⁰ Vgl. beispielsweise Erziehungsdirektion des Kanton Berns (2008): HSK- Unterricht in Herkunftssprachen (Heimatliche Sprache und Kultur). Elterninformation. URL: <http://www.erz.be.ch/site/fb-volksschule-hsk-elterninformation-deutsch.pdf>

⁴¹ Grüne Partei der Schweiz (2005): Grundlagenpapier zur Grünen Bildungspolitik. URL: http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/soziales/bildung/grundlagen_bildungspolitik_d_web.pdf

Grüne	Forderungen	Bemerkungen/ Vergleiche
	<p>1.2 Basisstufe <i>Die Grünen befürworten die Einführung der Basisstufe mit einem Eintritt im Alter von 4-5 Jahren. Die Basisstufe bietet entscheidende Gelegenheiten für die vielseitige und ganzheitliche Entwicklung der Kinder sowie für die Chancengleichheit unter den Kindern. Eine frühe systematisch-kognitive Schulung ist nicht der Zweck der Basisstufe. Die Kinder sollen sich dann, wenn sie dafür Interesse entwickeln, den kognitiven Bildungsinhalten zuwenden können. Ein wichtiges Ziel ist es, dass alle Kinder die lokale Standardsprache erwerben. [...]</i></p> <p>1.7 Integration <i>[...] Ein Perspektivenwechsel im öffentlichen Bildungswesen ist nötig. Als Ausgangslage untauglich ist die Frage, wie leistungs- und funktionsfähig ein Kind ist, damit es „integrierbar“ wird. Vielmehr ist zu fragen, wie die Schule ausgestattet und organisiert sein muss, damit sie in der Lage ist, alle Kinder und Jugendlichen gemäss ihren Fähigkeiten zu integrieren und zu bilden. [...] Die Grünen verlangen, dass fremdsprachige Schüler und Schülerinnen so früh wie möglich in der lokalen Standardsprache ausgebildet werden [...].</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> - Auch die EKFF fordert einen Perspektivenwechsel: einerseits soll das Wohl des Kindes vor wirtschaftlichen Interessen stehen, andererseits soll eine ganzheitliche, umfassende Entwicklungsförderung den bisherigen Fokus auf Betreuung ersetzen. Die UNESCO-Kommission verlangt einen Fokus auf die Bildung.